



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Vom Reformmodell zur modernen Universität

Rimbach, Gerhard

Düsseldorf, 1992

9.2 Universität-Gesamthochschule Essen

urn:nbn:de:hbz:466:1-8287

einzelnen Partnerschaften in dem jährlichen Rechenschaftsbericht zeigt den hohen Stellenwert, der ihnen beigemessen wird. Inzwischen bestehen 13 Partnerschaften, von denen zehn bis zum Jahre 1985 geschlossen wurden; diejenigen mit den beiden chinesischen Hochschulen stammen aus dem Jahre 1987 und die letzte mit der Indiana University of Pennsylvania auf Fachbereichsebene aus dem Jahre 1989, mit der schon seit den frühen 70er Jahren ein reger Studentenaustausch (Wirtschafts- und Sprachwissenschaften) stattgefunden hat.

Folgende Partnerschaften bestehen auf Hochschulebene:

- Universidade Federal de Minas Gerais (UFMG) in Belo Horizonte (Brasilien),
- University of Minnesota in Minneapolis (USA),
- University of Washington in Seattle (USA),
- Portsmouth Polytechnic in Portsmouth (Großbritannien),
- Katholisch-Theologische Universität in Amsterdam (Niederlande),
- Université Louis Pasteur de Strasbourg in Straßburg (Frankreich),
- Hochschule für Planung und Statistik in Warschau (Polen),
- Dokkyo-Universität in Tokio (Japan),
- Universität Kyoto in Kyoto (Japan),
- University of Durham in Durham (Großbritannien),
- Huazhong University of Science and Technology in Wuhan Hubei (VR China),
- Wuhan University in Wuhan Hubei (VR China),
- Indiana University of Pennsylvania (USA).

9.2 Universität-Gesamthochschule Essen

9.2.1 Konturen ¹⁰

9.2.1.1 Der Beginn

Die Ruhrgebietsmetropole Essen war von der Landesregierung schon mehrere Jahre vor der Errichtung als Standort einer wissenschaftlichen Hochschule vorgesehen. Zwar erhielten zuerst zwei im westfälischen Teil des Ruhrgebietes liegende Städte, Bochum und Dortmund, eine Universität, aber gerade deshalb mußte eine weitere wissenschaftliche Hochschule im rheinischen Teil entstehen. Beeinflußt vom damaligen Lehrermangel sah das Nordrhein-Westfalen-

¹⁰ Den Ausführungen liegen zugrunde: Der Rektor der U-GH Essen (Hrsg.): 1972 - Leistungen - 1982 - Texte zu zehn Gründungsjahren. Berichte aus Fachbereichen und Zentralen Einrichtungen 1981/82, Schriften und Berichte Band 3, Essen, WS 1982/83. Der Rektor der U-GH Essen (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Rektors, Sommersemester 1981, Schriften und Berichte Band 1, Essen o.J. Der Rektor (Hrsg.): Rechenschaftsbericht des Rektors, Sommersemester 1983, Schriften und Berichte Band 4, Essen 1983. Der Rektor der U-GH Essen (Hrsg.): Rechenschaftsberichte des Rektorats 1984, 1985, 1986, Schriften und Berichte Bde. 6, 10, 13, Essen o.J. Der Rektor der U-GH Essen (Hrsg.): Forschungsberichte 1976-1979, 1980-1982, 1983-1985, 1986-1988, Schriften und Berichte Bde. 2.1, 5, 12, 16, Essen 1982, 1984, 1987, 1990. Der Rektor der U-GH Essen (Hrsg.): Personal- und Vorlesungsverzeichnisse bis WS 1991/92. Essener Hochschuljournal Nr. 1 - Nr. 21, Hochschuljournal Essen 1980/22 - 1987/55, Essener Universitäts-Berichte Nr. 1/88 - Nr. 3/91. Zey, René: Sommersemester, Wintersemester. Aufzeichnungen eines Studiums, 13.A. Mülheim/R., Februar 1985, Zey, René: Hauptstudium. Eine Erzählung aus dem Studienalltag, 2.A., Mülheim/R., Oktober 1985. Streffer, C. (Hrsg.): Bericht des Rektorats für die akademischen Jahre 1988/89 und 1989/90, Schriften und Berichte Band 17, Essen, April 1991. Rektor der Universität-Gesamthochschule Essen (Hrsg.): Umwelttechnik, Schriften und Berichte Band 8, Essen, WS 1985/86. Derselbe: Zukunftstechnologie Neue Medien, Schriften und Berichte Band 9, Essen, WS 1985/86.

Programm 1975¹¹ noch eine Universität mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt vor, aber nur hier mit besonderer Betonung der Naturwissenschaften. Im Laufe der weiteren Diskussion in den beiden folgenden Jahren entschloß sich die Landesregierung dann, eine Gesamthochschule zu errichten mit sechs integrierten Studiengängen (Bauingenieurwesen, Chemie, Maschinenbau, Mathematik, Physik und Wirtschaftswissenschaften) als Kernstück.

Die in Essen zu leistende Zusammenführung der vorhandenen Einrichtungen war deshalb singulär, weil nur dort eine universitäre Einrichtung, das Klinikum, in eine Gesamthochschule überführt werden sollte. Aufgrund dieser Ausgangslage diskutierte der Gründungssenat bereits im November 1972 Bezeichnungen wie "Universität Essen-Gesamthochschule" und das Kuratorium plädierte wenig später (Januar 1973) bereits für den Namen "Universität Essen". Weil der Wissenschaftsminister an der Bezeichnung "Gesamthochschule" festhielt, kam es deshalb Anfang 1973 zu heftigen Protesten, besonders der Vertreter medizinischer Fachbereiche¹² im Gründungssenat. Die Anhänger der Bezeichnung "Universität" wollten durch die Namensgebung den Status eindeutig geklärt wissen.

9.2.1.2 Konflikte

Die Forderung nach Unabhängigkeit vom Gründungssenat wurde von den Medizinprofessoren bei der Besetzung medizinischer Hochschullehrerstellen erhoben. Auch die Mitarbeit der Vertreter medizinischer Fachbereiche in einem Ausschuß "Humanbiologie", der einen entsprechenden Studiengang vorbereiten sollte, wurde abgelehnt, so daß der Plan scheiterte. Anfang 1974 eskalierte der Konflikt mit dem Klinikum. Der Senat sprach dem aus dem Klinikum kommenden Konrektor das Mißtrauen aus, worauf dieser zurücktrat. Der damalige Essener Bundestagsabgeordnete Reuschenbach wandte sich an den Wissenschaftsminister Rau und bat ihn, zu dem Versuch des Klinikums, sich aus der Gesamthochschule zurückzuziehen, eindeutig Stellung zu nehmen. Dieser bestätigte daraufhin, daß das Klinikum Teil der Gesamthochschule bleibe.

Auslöser des Konflikts war die "Professorierung" des Fachhochschullehrer Ende Dezember 1973 und ihre Zuordnung zur Gruppe der Professoren. Unter diesen Umständen seien die Mediziner nur zu kooperativer Mitarbeit, aber nicht zur Integration bereit. Anderenfalls wollte man aus der Gesamthochschule ausscheiden. Das Konzept der Gesamthochschule sei weitgehend ideologisch bestimmt und deshalb für die Medizin nicht akzeptabel. Auf der einen Seite habe man dem Klinikum die Erhaltung des universitären Status versprochen, den Fachhochschullehrern aber die volle Integration in eine Bildungseinrichtung universitären Charakters

¹¹ Dort heißt es auf S. 68: "Die in Essen zu gründende Universität wird ihren Schwerpunkt in Naturwissenschaft und Medizin haben. Bei der Planung ist von vornherein zu berücksichtigen, daß die in Essen vorhandenen Einrichtungen der Lehrerausbildung gleichzeitig mit der Errichtung der Universitäten mit erziehungswissenschaftlichen Schwerpunkten in anderen Städten Universitätsrang erhalten und in schrittweise zu intensivierender Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen das Modell einer Gesamthochschule im Verbund mit der Ruhruniversität Bochum zu verwirklichen ist". Das sich im Verlauf der weiteren Diskussionen durchsetzende Konzept einer integrierten Gesamthochschule war im Vergleich mit dem ursprünglichen Vorhaben bildungspolitisch und strukturell wesentlich erfolgsversprechender, da der Lehrermangel bald in einen Überschuß umschlug und keine dezentrale Großorganisation entstand.

¹² Die beiden Fachbereiche für theoretische und praktische Medizin wurden später in einem Fachbereich zusammengefaßt.

zugesagt. Eine derartige Doppelbödigkeit bliebe als ständiger Störfaktor systembedingt in das Konzept eingebaut. Der sich trotz zahlreicher Gespräche und Vermittlungsversuche hinziehende Konflikt führte dazu, daß erst Ende September 1975 ein Konrektor für Forschung, der satzungsgemäß dem Klinikum angehören mußte, zu gewinnen war. Dieser machte bei seiner Wahlannahme seine Mitarbeit davon abhängig, daß die Universität Essen-Gesamthochschule "den übrigen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland in Lehre, Forschung und Krankenversorgung mindestens gleichwertig ist".¹³ Damit war der Höhepunkt der Auseinandersetzungen überschritten. Die Folgezeit war zwar nicht frei von Konflikten, jedoch wuchs allmählich die Bereitschaft zur erforderlichen Zusammenarbeit. Die im Laufe der 80er Jahre stattfindende weitgehende Anpassung der Gesamthochschulen an das universitäre Vorbild machte es möglich, daß Ende der 80er Jahre Prof. Dr. Streffer, ein Mitglied des medizinischen Fachbereichs, Rektor wurde.

Das 1963 aus den Städtischen Krankenanstalten hervorgegangene Klinikum bildete Medizinstudierende in der zweiten Phase aus; es hatte bei Errichtung der Gesamthochschule bereits wissenschaftliche Anerkennung durch Erfolge in der Forschung - besonders in der Tumorforschung - aufzuweisen. Durch Eingliederung in das Reformmodell Gesamthochschule sahen die Mediziner ihren wissenschaftlichen Rang gefährdet und befürchteten eine Minderung professoralen Einflusses. Die Zusammenführung mit einer Einrichtung, der Fachhochschule, die erst ein Jahr vorher in den Hochschulbereich überführt worden war, nunmehr als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren, fiel den standesbewußten Medizinern schwer. Ihre Eingliederung in die Gesamthochschule durch den Gesetzgeber bedeutete die Trennung von der Universität Bochum, deren Abteilungen für Theoretische und Praktische Medizin sie vorher angehörten. Diese Umorganisation wurde als Abwertung empfunden und machte den dagegen aufkommenden Widerstand verstehbar.

Neben diesem sich weitgehend gegen die Ziele der Gesamthochschule richtenden Konflikt durchzog ein zweiter mit unterschiedlicher Intensität die Gründungsphase, der vor allem zwischen Rektorat und dem politisch dominierenden, linksorientierten Teil der Studentenschaft ausgetragen wurde. Diesem ging die Reform nicht weit genug. Der Versuch, ihre Intentionen durchzusetzen, mußte auf den Widerstand des Rektorats stoßen, zumindest wenn Handlungen oder Beschlüsse der Studentenschaft rechtswidrig waren. Die Konflikte mit dem Rektorat - mit dem Rektor als Zielscheibe - wurden ausgelöst durch:

- die Inanspruchnahme des allgemeinpolitischen Mandats,
- nicht genehmigungsfähige Satzungen und Wahlordnungen,
- Wahlen aufgrund rechtswidriger Wahlordnungen,
- rechtswidrige Besetzung von Räumen u. Häusern,
- Vorlesungsboykott,
- Erzwingenwollen von Diskussionen und das Aufstellen von Büchertischen ohne Genehmigung.

Bei Studentenschaftswahlen lag in der Regel die Wahlbeteiligung anfangs bei 30% und später weit darunter. Dieses Desinteresse förderte den Einfluß radikaler Gruppen, die während

¹³ Der Rektor (Hrsg.): Universität Essen-Gesamthochschule, 1972- Leistungen - 1982, Texte zu zehn Gründungsjahren, Schriften und Berichte Band 3, Essen, WS 1982/83, S. 102.

der gesamten Gründungszeit dominierten. Da gelegentlich der Gründungssenat mehrheitlich auf der Seite der Studentenschaft stand, hatte es das Rektorat schwer, seinen Rechtsstandpunkt durchzusetzen, da es daran interessiert war, eine unnötige Eskalierung der Konflikte zu vermeiden, aber gleichzeitig Rechtsverletzungen zu verhindern oder abzustellen. So war der Gründungssenat mehrheitlich der Auffassung, eine Abgrenzung zwischen allgemeinpolitischen und hochschulpolitischem Mandat sei überhaupt nicht möglich, denn die Hochschule sei ein Teil der Gesellschaft mit allen Abhängigkeiten, Berührungspunkten und Beziehungen.¹⁴ Deshalb müsse der Studentenschaft das allgemeinpolitische Mandat gesetzlich zugebilligt werden. Infolge der Rechtslage mußte das Rektorat jedoch eine Grenzziehung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Problemen vornehmen, um seiner Rechtsaufsichtspflicht nachzukommen.

Mit unterschiedlichen Aktionen versuchte die Studentenschaft, ihre Ziele durchzusetzen. Soweit dabei die Verschlechterung der Studienbedingungen im Mittelpunkt standen, wie Raummangel, Haushaltsengpässe, Kürzungen beim BAföG, Einstellung von Studiengängen und Stellenabsetzungen, fanden sie breite Unterstützung bei anderen Hochschulmitgliedern. Zur Konfrontation mit dem Rektorat kam es immer dann, wenn illegale Mittel eingesetzt werden sollten oder tatsächlich verwendet wurden. So mußten mehrfach nach rechtswidrigen Wahlen die illegal besetzten Räume der Studentenschaft durch die Hochschulleitung geräumt werden. Es überrascht nicht, wenn Nuissel in einer Untersuchung über das Image der Hochschule zu dem Ergebnis kam, im Grunde habe die "Universität Essen-Gesamthochschule überhaupt kein Image ... Wo sich Ansätze zu einer Imagebildung zeigten, wurde als hervorstechendste Eigenschaft 'zerstritten' genannt - ein Ergebnis der teilweise in die Öffentlichkeit getragenen hochschulpolitischen und statusrechtlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Hochschule".¹⁵ Nur wenn ein Grundkonsens aller Hochschulangehörigen über die gemeinsam zu verfolgenden Ziele existiere, könne ein Image entstehen. Dieser Grundkonsens stellte sich im Laufe der 80er Jahre zunehmend ein, nachdem die hochschulpolitische Polarisierung zurückging. Das Ansehen einer Hochschule hängt von den Leistungen in Forschung, Studium und Lehre ab, das sich - weniger spektakulär - seit den siebziger Jahren verbessert hat.

Insgesamt dürfte an keiner der übrigen vier Gesamthochschulen aufgrund hochschulpolitisch kontroverser Positionen über Ziele und Funktion der Gesamthochschule sowie wegen der gesetzlich verordneten Einbeziehung des Klinikums mehr Konflikte ausgetragen worden sein als in Essen. Wenn trotzdem während der Gründungsdekade vielfältig anerkannte Forschung geleistet sowie Studium und Lehre durch besonders rasch wachsende Studierendenzahlen bestätigt wurden, so kann in der Retrospektive festgestellt werden, daß die Konflikte zwar vorübergehend kräftezehrend gewesen sein mögen, aber da diese tatsächlich ausgetragen wurden, konnten durch tragfähige Kompromisse und Überzeugungsarbeit auch konzeptionelle Klarheit entstehen.

¹⁴ Schriften und Berichte, Band 3, S. 119. Sitzung des Gründungssenats am 22.6.77.

¹⁵ Nuissel, Hans: Die Uni Essen hat kein Image oder wie steigert man das Ansehen einer Hochschule, in: Hochschuljournal Essen, Nr. 25-26/1981, S. 20 f.

9.2.1.3 Charakteristisches

Die in Essen gelungene Einbeziehung einer universitären Einrichtung in eine integrierte Gesamthochschule ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß es nirgends sonst in der Bundesrepublik gelang, eine derartige Institution in eine Gesamthochschule überzuleiten. Überall kapitulierten die Politiker vor dem Widerstand der Universitäten. Die sich in ihrem Kern gesund fühlende Universität mit ihrer jahrhundertealten Tradition erwies sich gegenüber einer derartigen Zäsur als resistent, obwohl die damals allgemein als notwendig erkannten Reformschritte bis heute nicht erfolgt sind. Über die in Essen während der Gründungsphase im Klinikum fortgesetzten wissenschaftlichen Arbeiten wird im folgenden Zitat berichtet:

"Während die übrigen Gesamthochschulen sich vorwiegend darauf konzentrierten, den Aufbau voranzutreiben und unter dem Anerkennungsdruck stehend wissenschaftliches Ansehen zu erwerben, baute das Klinikum seine schon vorhandene Reputation in der Gründungsphase weiter aus. Deshalb nahm die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Gesamthochschule Essen bereits am 3. Juli 1974 als Mitglied auf. Als erstes von vier in der Bundesrepublik geplanten Instituten wurde im Mai 1977 das 'Westdeutsche Tumorzentrum Essen' eröffnet. Beim Kampf gegen den Krebs soll durch jährliche Zuwendungen der Deutschen Krebshilfe eine verbesserte Zusammenarbeit vieler medizinischer Disziplinen und die Beschaffung zusätzlicher Einrichtungen und Großgeräte ermöglicht werden. Durch Einrichtung des Sonderforschungsbereichs 102 'Experimentelle und klinische Leukämie- und Tumorforschung' Ende 1978 fand eine weitere Anerkennung bisheriger Forschungsleistungen statt. Zahlreiche Arbeitsgruppen aus Instituten und Kliniken arbeiten seitdem an Projekten der Leukämie- und Tumorforschung. Während im SFB die kliniknahen Grundlagen über Entstehung und Behandlung von Tumoren erforscht werden, dient das Tumorzentrum vor allem der Verbesserung in der praktischen Behandlung und der Nachsorge von Tumorkranken in Kooperation von operativen, chemo- und strahlentherapeutischen Maßnahmen sowie der Entwicklung entsprechender, möglichst allgemeingültiger Therapieprogramme".

Über die Einbindung in diesen institutionellen Rahmen hinaus finden vielfache Kooperationen zwischen experimentell arbeitenden Instituten und Kliniken statt, z.B. bei der Einführung neuer Modalitäten in die Tumorthherapie wie Neutronen- und Hyperthermie. Einen weiteren Schwerpunkt bilden unter diesem Aspekt die Nieren- und Knochenmarktransplantation. Es wird die Optimierung und Durchführung von immunologischen Testverfahren vorgenommen, um die immunologische 'Verträglichkeit' der Zellen und Gewebe von Spendern mit denen der Empfänger zu ermitteln. Auch sind vielfältige mikrobiologische Untersuchungsverfahren in diesen Komplex eingebunden."¹⁶

Bereits in der Gründungsphase der Gesamthochschule Essen waren verschiedene Institute und Kliniken an nationalen oder internationalen Forschungsprogrammen beteiligt, z.B. World Health Organisation (Virushepatitis), International Atomic Energy Agency (Grundlagen der Strahlentherapie), U.S. National Cancer Institute (Karzerogenese, European Organisation for Research on Treatment of Cancer - EORTC - verschiedene Krebstherapiestudien). Die zahlreichen Aktivitäten haben dazu geführt, daß Wissenschaftler des Fachbereichs für Theoretische

¹⁶ Schriften und Berichte, Band 3, S. 203.

und Praktische Medizin seitdem in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien vertreten sind sowie Anerkennung durch Preise und Ehrenmitgliedschaften wissenschaftlicher Gesellschaften in großer Zahl erhalten haben.

Schon aus den Vorgängereinrichtungen wurde die Intention übernommen, an der Lösung spezifischer Probleme der Region mitzuarbeiten. Exemplarisch sind dafür zwei Themenbereiche des Ruhrgebietes: die Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien sowie die Umweltgefährdung besonders durch Altlasten einer Industrieregion (vgl. Kap. 9.2.3.2). Auf beiden Gebieten entwickelten sich zahlreiche Aktivitäten.

Systematisch wurden die Sprachprobleme von Kindern ausländischer Arbeitskräfte erforscht, wobei auch die Rückwirkungen auf die muttersprachlichen Kenntnisse durch Verwendung der deutschen Sprache einbezogen wurden. Es stellte sich heraus, daß die Kinder nicht durch Zweisprachigkeit in der Schule überlastet wurden, sondern dadurch, daß sie entweder "germanisiert" oder in einem "muttersprachlichen Ghetto" alleingelassen wurden. In einem Modellversuch der Ausländerpädagogik wurden die Sozialisationsprobleme ausländischer Kinder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Verbesserung ihrer schulischen Betreuung und geeignete Fortbildungsmaßnahmen für deutsche Lehrer von ausländischen Kindern entwickelt, geplant und evaluiert, an denen sich ca. 3000 Lehrer beteiligten.

Aus diesen Ansätzen entstand 1979 als Konzept der Sprachausbildung und Fortbildung von Lehrern für Ausländerkinder das vom Gründungssenat beschlossene "Essener Modell", das 1981 von dem Ausschuß "Innovation im Bildungswesen" der zuständigen Bund-Länderkommission befürwortet und personell abgesichert wurde. Noch im gleichen Jahr beschloß der Senat ein "Institut für Migrationsforschung, Ausländerpädagogik und Zweisprachendidaktik (IMAZ)" als zentrale wissenschaftliche Einrichtung, dem der Wissenschaftsminister Anfang 1982 zustimmte. Das seitdem bestehende, interdisziplinäre Institut betreibt Forschung und Lehre auf den drei Gebieten seiner Bezeichnung. Die Migrationsforschung untersucht die Auswirkungen der Arbeitskräftewanderung in den Herkunfts- und Anwerbeländern. Die Ausländerpädagogik befaßt sich mit Maßnahmen zur schulischen Betreuung der Kinder von Wanderarbeitern und der Fortentwicklung von Studien- und Ausbildungskonzepten für die Qualifizierung pädagogischen Personals. Die Zweisprachendidaktik konzentriert sich auf problemorientierte Sprachkurse vorwiegend des Türkischen, Serbokroatischen und Griechischen als Grundqualifikation für die Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache, aber auch als problemorientierte Sprachkurse im Gesundheitswesen oder auch als Fortbildungsmaßnahme, um Türkisch als Abiturfach unterrichten zu können. Inzwischen konnte in Zusammenarbeit mit der Stadt Essen das bisher in Bonn ansässige "Zentrum für Türkeistudien" als An-Institut an die U-GH Essen angeschlossen werden, das eng mit dem IMAZ kooperiert.

In einem viersemestrigen Zusatzstudiengang "Ausländerpädagogik einschließlich Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache" wird nach abgeschlossenem Lehramtsstudium eine Zusatzqualifikation mit dem Charakter einer Lehrbefähigung für ein weiteres Unterrichtsfach verliehen. Das Studium umfaßt vier gleichgewichtige Bereiche:

- Sprachpropädeutik und Deutsch als Zweitsprache,
- interkulturelle Erziehung und Bildung,
- soziale Probleme in multikulturellen Gesellschaften,

- Basiskenntnisse in einer der Herkunftssprachen (Türkisch, Griechisch oder Serbisch/Kroatisch), vermittelt mit dem Sprachkontrast zum Deutschen sowie zweitsprachen-didaktischen Folgerungen.

Bereits in der Gründungsdekade gelang es, eine Reihe prominenter Künstler als Gastdozenten bzw. als "poet in residence" zu verpflichten, darunter Martin Walser, Peter Rühmkorf, Rolf Hochhuth, Max von der Grün, Heinar Kipphardt, Günter Herburger, Jurek Becker, Heinrich Lettau und Peter Bichsel. Unter den vom Fachbereich Gestaltung und Kunsterziehung als "artist in residence" gewonnenen Künstlern veranstaltete Wolf Vorstell ein Happening mit dem Titel "Der Heuwagen" und der Grafiker Klaus Staeck eine Ausstellung der in seinem Seminar entstandenen Arbeiten mit dem Thema: "Von der Kunst, Politik auf die Straße zu bringen".

Von den engagierten Bemühungen, Studienreform zu verwirklichen, zeugt, neben dem als Dokument 4 wiedergegebenen Grundsätzen, der Vorschlag, ein Studium ohne formale Hochschulreife zu ermöglichen. Ein derartiger Modellversuch scheiterte im Jahre 1975 am Widerstand des Kultusministers. Trotz intensiver Vorarbeiten gelang es auch nicht, den Diplomstudiengang Pädagogik mit dem Fachhochschulstudiengang Sozialarbeit und Sozialpädagogik durch einen integrierten Studiengang zu ersetzen, obwohl dieses der Zielsetzung der Gesamthochschule entsprochen hätte und eine Reihe anderer Gründe wie die sich überschneidenden Tätigkeitsfelder und die darauf abgestimmten Studienziele und -inhalte für eine konzeptionelle Neuordnung sprachen.

Schon im Oktober 1974 fand im Rahmen der Universitätswoche eine Podiumsdiskussion mit dem Thema "Mögliche Beiträge der Hochschule zu Fort- und Weiterbildung" statt. Als erste Hochschule im Lande NRW wurde Ende 1977 die Stelle eines Weiterbildungsbeauftragten besetzt, und Anfang 1978 erschien das erste Weiterbildungsverzeichnis mit geeigneten Veranstaltungen für interessierte Bürger. In Verbindung mit der Zentralstelle für Forschungs- und Entwicklungstransfer entwickelte sich das "Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität-Gesamthochschule Essen e.V.", durch das Berufspraktikern wissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden sollen, die die Wettbewerbsfähigkeit im Erwerbsleben erhalten und verbessern. Die auf naturwissenschaftlich-technische und wirtschaftswissenschaftliche Gebiete konzentrierten Veranstaltungen werden teilweise in Zusammenarbeit mit Unternehmen und mit der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt.

Noch in einem anderen Bereich der Studienreform wurde in Essen Vorbildliches geleistet; nirgends sonst wurden die Ergebnisse integrierter Studiengänge derart umfassend dokumentiert wie durch die Hitpaß-Studie und durch Untersuchungen des Hochschuldidaktischen Zentrums. Über beides wurde an anderer Stelle (vgl. Kap. 8.2) ausführlich berichtet. Das einzige Hochschuldidaktische Zentrum an einer Gesamthochschule in NRW wurde 1975 errichtet. Als zentrale wissenschaftliche Einrichtung sollte es die für Studienreform zuständigen Gremien unterstützen und beraten, wobei die integrierten Studiengänge im Mittelpunkt standen. Nachdem das Studiengangsystem konsolidiert war, hat das HDZ mehrere Studiengänge evaluiert und die Ergebnisse veröffentlicht. Das HDZ beteiligte sich außerdem an der Organisation und Betreuung von Orientierungsveranstaltungen in nahezu allen Fachbereichen und führte Dozenten- und Tutorenfortbildung durch.

In den 80er Jahren konzentrierte sich das HDZ auf den Themenbereich Hochschule, Wissenschaft und wissenschaftliche Ausbildung. Daraus ergaben sich zahlreiche aktuelle Einzelfragen:

- Langzeitstudenten und Studienzeitverlängerung,
- Studien- und Arbeitssituation von Frauen an der Hochschule,
- Aufbau und Entwicklung von Frauenstudien,
- Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Geistes- und Sozialwissenschaftler,
- Verhältnis zwischen Wissenschaftsdisziplinen und wissenschaftlicher Ausbildung.

Daneben bietet das HDZ Lehrveranstaltungen an und zwar Dozentenkurse Rhetorik, Tutorenkurse, Serviceleistungen für andere Fachbereiche und Frauenstudien. Als Reaktion auf die veränderte Aktualität von Themen finden anstelle der ursprünglich im Mittelpunkt stehenden Studienreform nur noch die angeführten Einzelaspekte Interesse.

9.2.1.4 Eine fünfzehnjährige Baugeschichte

Fehleinschätzungen über den Baubeginn des "Operativen Zentrums" durchziehen die Gründungsphase der U-GH Essen. Wurde zuerst vom damaligen Finanzminister Wertz das Jahr 1975 für den Baubeginn und für die endgültige Fertigstellung 1979 genannt, so verschob sein Nachfolger Prof. Halstenberg den Beginn auf das Jahr 1977. Zuerst wurde die Terminverschiebung nur mit Planungsproblemen begründet, später bekannte sich die Landesregierung zu Engpässen der Finanzierbarkeit. Finanzminister Posser nannte dann das Jahr 1978 für den Baubeginn. Aber auch dieses Jahr verstrich und im März 1979 kündigte Wissenschaftsminister Jochimsen den Beginn der Erdarbeiten für den September an, die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts allerdings erst für 1984. Im April 1980 stellte der gleiche Minister die Grundsteinlegung für Mai 1980 in Aussicht. Zwar wurde dann die Baugrube ausgehoben, für Jahre der einzige Hinweis auf den Bau, weil aber die Konsolidierung des Landeshaushaltes Vorrang hatte, wurde der Baubeginn erneut verschoben. Im Februar 1981 haben der Finanz- und der Wissenschaftsminister den Baubeginn "endgültig" auf die Jahreswende 1981/82 vereinbart. Diesen Termin wiederrief die Landesregierung im Juli 1981.

Eine Umplanung zur "kleinen Lösung" reduzierte Ende 1981 die ursprünglich vorgesehene Fläche von 42.000 m² auf etwa 16.000 m². Im Juli 1982 teilte dann Finanzminister Posser mit, mit dem verkleinerten Neubau könne spätestens 1985 begonnen werden. Tatsächlich wurde im Mai 1985 der Grundstein gelegt, ein Jahr später konnte das Richtfest gefeiert und am 1. Juni 1989 das "Operative Zentrum II" seiner Bestimmung übergeben werden. Vom Planungsbeginn bis zur Fertigstellung vergingen demnach fünfzehn Jahre. Eine derartige Fülle uneingelöster Versprechungen kann nicht nur mit der Finanzkrise des Landes erklärt werden. Zu vermuten sind weitere Gründe wie erhebliche Baupreisüberschreitungen anderenorts, z.B. beim Hochschulklinikum in Aachen, die sich nach und nach herausstellten und alle verfügbaren Mittel in Anspruch nahmen.

9.2.1.5 Atmosphäre

Bei René Zey, einem ehemaligen Essener Studierenden, kommt in seinen "Aufzeichnungen eines Studiums" besonders die aus dem Massenbetrieb resultierende formalisierte und anonyme Umgangsweise zum Ausdruck. Die berechtigte Klage darüber sollte allerdings nicht ohne weiteres als zwangsläufige Folge der zu bewältigenden großen Studierendenzahl hingenommen werden. Die Einstellung des Personals, seine Bereitschaft, sich auf Studierende einzulassen, prägt in erheblichem Maße die Atmosphäre einer Hochschule. Wie sehr Studierende unter der Anonymität leiden, und wie bescheiden ihre Erwartungen aufgrund dieser äußeren Umstände, aber auch des gedankenlosen bis abweisenden Verhaltens ihrer Professoren geworden sind, zeigt exemplarisch ein Gedicht René Zeys:

"Endlich Individium

Sie hatte vier Semester
darauf gewartet
daß der Dozent sie
nach ihrem Namen fragte
und strahlend Krallmann
Krallmann, Herr Professor
gesagt
stolz vor den Studenten
des überfüllten Seminars
und den anderen
dreizehntausend"¹⁷

Nach einem Semester als "poet in résidence" gab Günter Herburger seine Eindrücke wieder, die er in dem größten der Neubauten unter den fünf Gesamthochschulen empfangen hatte. Abgesehen von den später in Duisburg errichteten Bauten laden die nach einem einheitlichen Raster (multifunktionale reproduzierbare Stapelbauweise) entstandenen Gebäude nicht zum Verweilen ein. Das dadurch verständliche, allgemein beklagte schnelle Verlassen der Gebäude außerhalb der Anwesenheitspflicht verstärkt die geringe Identifikation mit der Hochschule. Herburgers Aufsatz "Poesie im Land der Parallel-Autobahnen" dokumentiert das Abweisende und die Anonymität:

"Jenseits von hintereinanderliegenden Verkehrsadern und einem Korridor unter den Gleisen des Güterbahnhofs steht auf dem fast vollständig 'sanierten' Gelände *eines ehemaligen kommunistischen Wohngebiets die siebenundsiebzigeckige Gralsburg der Gesamthochschule*, deren Baumodul gekränkte Westwallfanatiker ausgedacht haben müssen. Eine Art sich selbst perennierender Kommandofestung aus Beton und Glas; aber, wurde ich belehrt, ihre Eisenteile würden selbständig oxydieren, sozusagen freihändig geschmacklich verrosten ...

¹⁷ Zey, René: Sommersemester, Wintersemester. Aufzeichnung eines Studiums, 13. A. Mülheim/R., Februar 1985, S.45.

Wer nicht die richtige Eingangsluke erwischt, A6 oder L2, verirrt sich schonungslos, wird von einem der überlasteten Pförtner einfach aufwärtsgeschickt. Die Innenwände des Lifts sind zerkratzt und mit sarkastischen Sprüchen versehen; auf den verlassenen Zementstiegen liegen leere Kakaotüten und, meine ich, geheimnisvoll gekreuzte Trinkstrohhalme, die Zeichen geben sollen ...

Hoch oben in einem niedrigen Sälchen mit nicht zu öffnenden Fenstern, beatmet von einer Umwälzanlage für Luft und beschirmt durch eine grüne, blanke Tafel ohne Kreidestücke, fühlte ich mich wie in ein Feldlazarett versetzt.¹⁸

Wenn in diesem durch die Art der Gebäude belasteten Umfeld die berechtigten Erwartungen der Studierenden an die Professoren noch auf das Unvermeidliche von Kontakten minimiert werden, stellt sich Enttäuschung und Demotivation zwangsläufig ein:

"Minutenwalzer

In dem lichtscheuen Büro
streckte der Professor
wortlos die Hand aus
und gab der Studentin
über den Schreibtisch hinweg
das Referat aus dem
Wintersemester zurück

Als sie neugierig
nach der Note suchend
darin blätterte
griff der Professor
zu seiner Post
und sah so lange nicht hoch
bis sie das Schweigen
nicht mehr ertrug
und ging
durch die Tür des Sprechzimmers
an der Schlange vorbei
in der sie vierzig Minuten
gestanden hatte"¹⁹

Derartige Reflexionen über den studentischen Alltag, aber ebenso über diejenigen der übrigen Hochschulangehörigen sind außerordentlich selten, bezeichnend für eine meistens an

¹⁸ Herburger, Günter: Poesie im Land der Parallel-Autobahnen, in: Essener Hochschuljournal Nr. 20, Mai/Juni 1980, S., 2 f.,

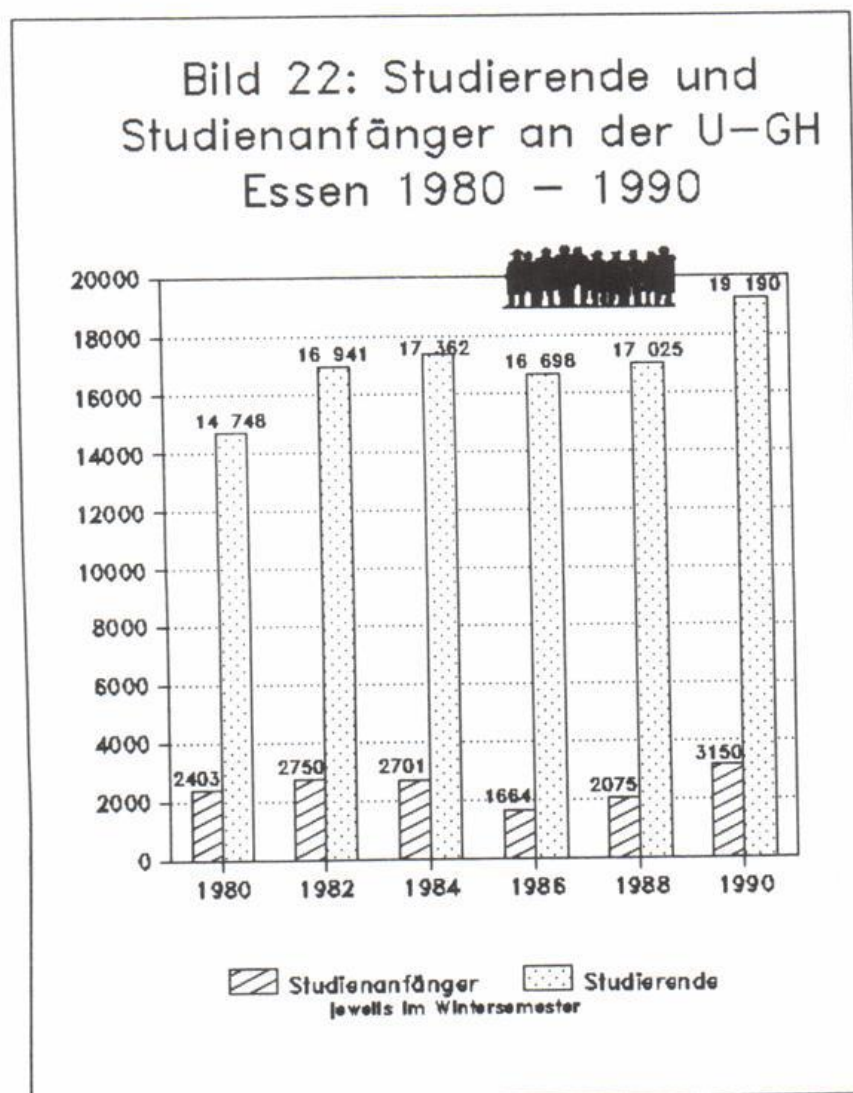
¹⁹ Zey, René, ebd., S. 77.

der Oberfläche verharrende Sachlichkeit, anonyme Unverbindlichkeit und gelegentlich garniert durch eine unter Konkurrenzdruck stehende Selbstdarstellung.

9.2.2 Studium

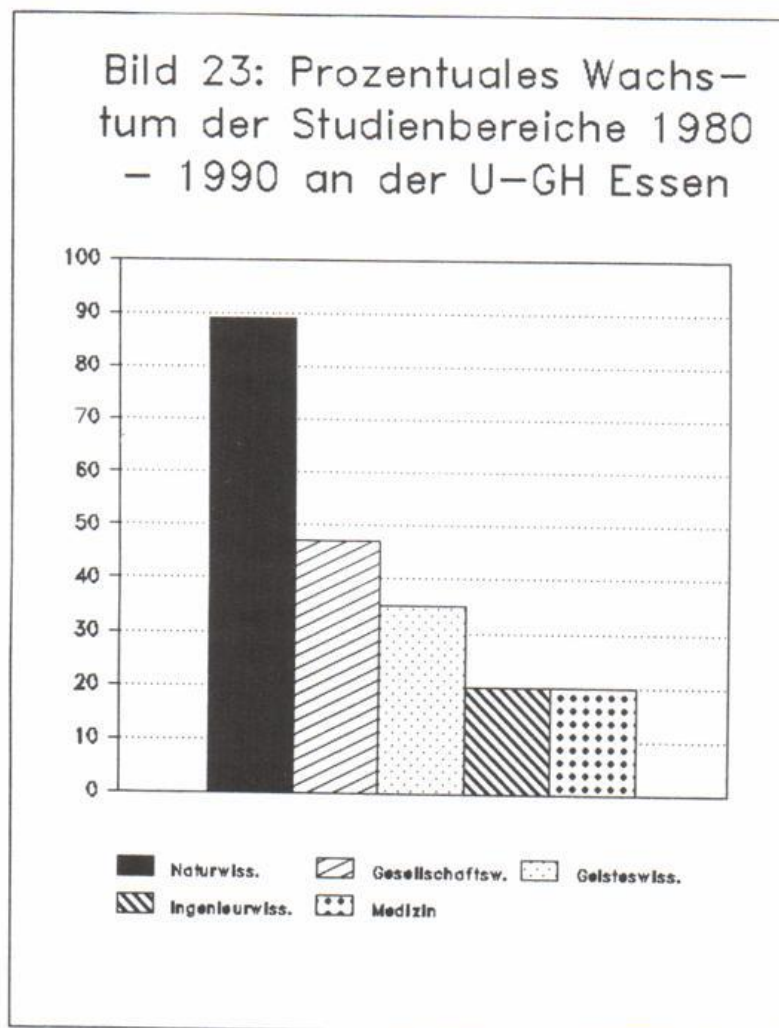
9.2.2.1 Quantitative Entwicklung

Die U-GH Essen hatte unter allen Gesamthochschulen in den siebziger Jahren das stärkste Wachstum. Die Studierendenzahl stieg auf das 2,5fache und erreichte 1980 bereits die Zahl von 15.000. Dagegen war der Anstieg der Studierendenzahl im folgenden Jahrzehnt relativ gering (Bild 22). Sie nahm nur noch um 30% zu und erreichte im WS 1990/91 19.190. Die U-GH Essen ist damit nach wie vor die größte unter den Gesamthochschulen.



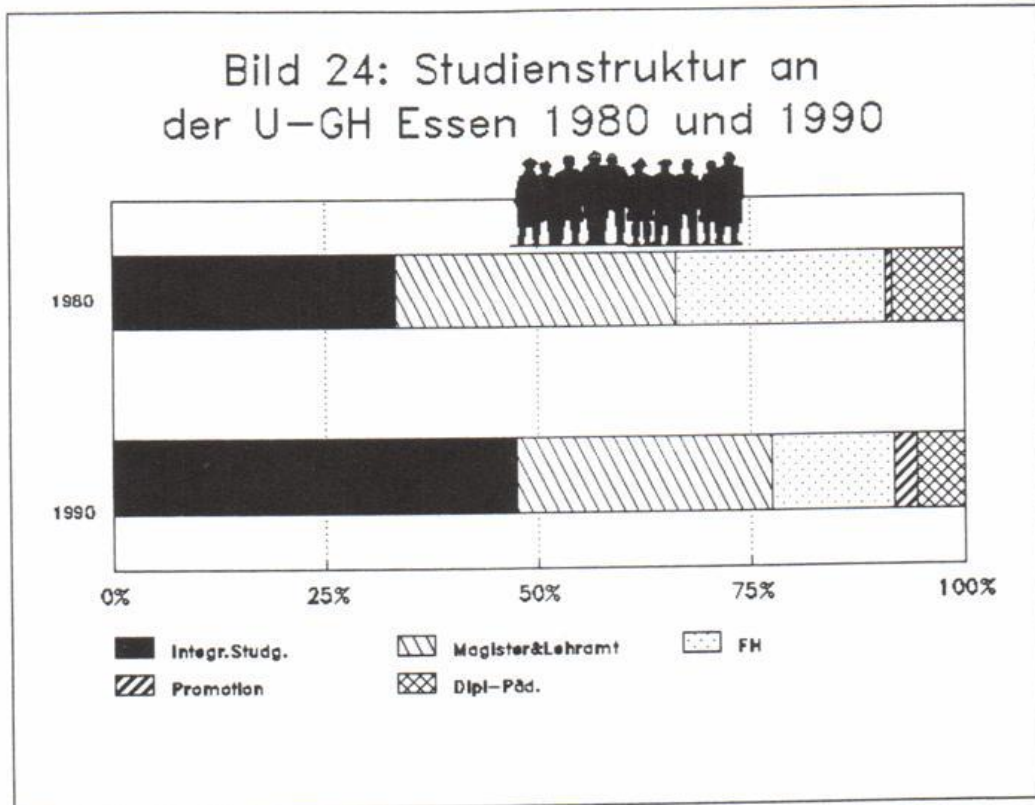
Die Studienanfängerzahl stieg nach 1980 leicht an, ging ab WS 1983/84 einige Jahre zurück und erhöhte sich seit dem WS 1986/87 laufend (Bild 22). Zwischen WS 1988/89 und WS 1990/91 stieg sie um 46% und überschritt erstmals die Grenzen von 4000. Da in den letzten Jahren die Studienanfängerzahl weit höher war als in den vorherigen, ist auch in den nächsten Jahren mit steigenden Studierendenzahlen zu rechnen.

Die Naturwissenschaften erlebten im letzten Jahrzehnt das größte Wachstum (+89%), gefolgt von den Gesellschaftswissenschaften (+47%) und den Geisteswissenschaften (+35%) (Bild 23). Dagegen erreichten die Ingenieurwissenschaften und die Medizin - NC-bedingt - nur einen Zuwachs von 20%.



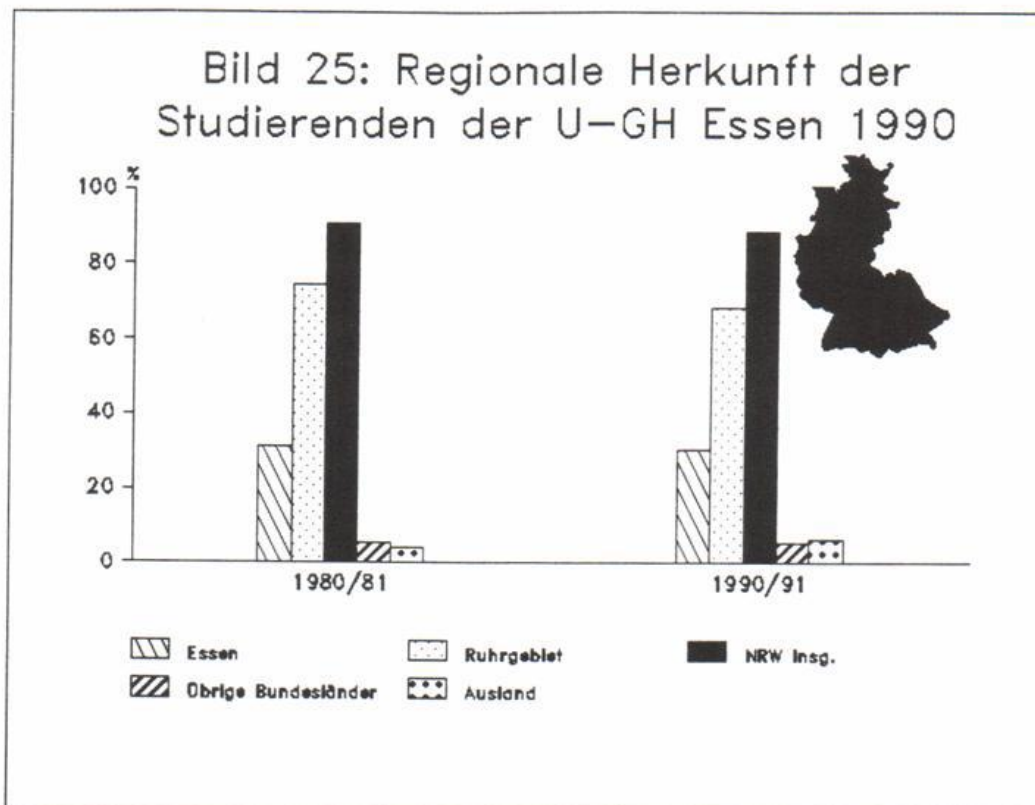
Bei Analyse der Studienstruktur (Bild 24) ist die bedeutendste Veränderung der Anstieg der integrierten Studiengänge mit 13% auf 42,2% im WS 1990/91. Magister und Lehramt fallen

um 2% auf 26,6% und die FH-Studiengänge sogar um fast 9% auf nunmehr 12,7%²⁰. Der prozentuale Anteil des Promotionsstudiums wächst dagegen von 0,6% auf 2,5%, wobei in den letzten Jahren eine Stagnation eintrat. Der Anteil der Medizin verringerte sich um 1,4% auf 11,1% und der Diplom-Pädagogik Studiengang fiel um 2,5% auf 4,9%.



An der U-GH Essen stammen 30% der Studierenden aus der Ruhrmetropole und 69% aus dem Ruhrgebiet (Bild 25). Fast 9 von 10 Studierende haben ihren Heimatwohnsitz im Lande NRW und etwa 6% sind Ausländer. Im letzten Jahrzehnt nahm deren Anteil beachtlich um 2% zu, was in absoluten Zahlen einer Verdoppelung entspricht. Die sonstigen prozentualen Veränderungen sind relativ gering. Eine geringfügige Ausweitung des Einzugsgebietes wird dadurch erkennbar, daß der Anteil der aus dem Ruhrgebiet und aus NRW stammenden Studierenden etwas zurückgegangen ist.

²⁰ Der starke Abfall hängt auch mit der Einstellung der FH-Studiengänge Elektrotechnik und Design zusammen.



Übrigens nahm der Frauenanteil im Laufe des Jahrzehnts zu. Er stieg von 37,1% auf 42,1%. Waren im WS 1980/81 erst 5484 Frauen eingeschrieben, so zehn Jahre später 8098.

9.2.2.2 Das besondere Studienangebot

Als größte unter den fünf Gesamthochschulen verfügt die U-GH Essen über ein breites Studienangebot. Nicht nur, weil sie als einzige das Medizinstudium ermöglicht, sondern auch aufgrund der von den Vorgängereinrichtungen eingebrachten Studiengänge und ihrer spezifischen Fächerstruktur sind Studienmöglichkeiten vorhanden, die ausschließlich in Essen existieren. Zu dieser besonderen Struktur gehört der Ausbau der Fächer Industrial Design, Kommunikationsdesign (auch in Wuppertal), Kunst- und Designpädagogik, Bio- und Geowissenschaften, Vermessungswesen, Energie- und Verfahrenstechnik.

Bei Errichtung der Gesamthochschule war es noch nicht möglich, das vorklinische Studium in Essen zu absolvieren. Erst nach Ausbau der Institute der Theoretischen Medizin begannen die ersten Studierenden im WS 1975/76 in diesem Studienteil. Vorher bestand nur die Möglichkeit, die vorklinischen Semester an der Ruhruniversität Bochum zu absolvieren und anschließend am Klinikum in Essen die klinischen Semester zu belegen.

Während der aus der Fachhochschule übernommene Studiengang Architektur zum 01.10.1993 ausläuft, bleibt ein siebensemestriger Fachhochschulstudiengang Landespflege

bestehen. Unter diesem Oberbegriff wird eine Planungsdisziplin verstanden, die Garten- und Grünplanung (im Siedlungsbereich), Landschaftsplanung (im Außenbereich) und Naturschutz umfaßt. Der nur in Essen angebotene FH-Studiengang Vermessungswesen bereitet Vermessungsingenieure auf ihre Tätigkeit des Messens der Erdoberfläche, deren Abbildung, des Planens und Auswertens vor. Die übernommenen siebensemestrigen FH-Studiengänge Sozialarbeit und Sozialpädagogik vermitteln auf wissenschaftlicher Grundlage ein möglichst breites Spektrum praxisbezogener sozialer Kenntnisse und Handlungskompetenzen, wobei sich an das Studium das Berufsanerkennungsjahr anschließt, um die volle Berufsqualifikation (staatliche Anerkennung) zu erlangen. Allen FH-Studiengängen ist der verstärkte Praxisbezug auf ihrem Gebiet gemeinsam, und es liegt dabei nahe, sich intensiv mit den jeweiligen Problemen der Region zu befassen.

Außer dem Studienangebot für alle Schulstufen wurde im WS 1974/75 mit einer größeren Zahl beruflicher Fachrichtungen begonnen. Neben den integrierten Studiengängen entsprechenden Fachrichtungen werden Bio-, Chemie-, Gestaltungs- und Versorgungstechnik als spezielle berufliche Fachrichtung angeboten.

In den Ingenieurwissenschaften wurden an allen Gesamthochschulen nur zwei integrierte Studiengänge ausgebaut, in Essen Bauingenieurwesen und Maschinenbau, während der ursprünglich vorhandene FH-Studiengang Elektrotechnik den Konzentrationsmaßnahmen der 80er Jahre zum Opfer fiel. Die beiden integrierten Studiengänge verfügen über mehrere nicht überall angebotene Fachrichtungen wie Verkehrswesen und Wasserwesen (DI) sowie Siedlungswesen und Umwelttechnik (DII) im Bauingenieurwesen. Im Maschinenbau sind die Spezifika die Verfahrenstechnik (DI u. DII) und die Energietechnik (DII). Ebenso wie im Hauptstudium I des integrierten Studienganges Physik ist im HSI des Maschinenbaus ein Praxissemester obligatorisch.

Seit dem WS 1989/90 wird ein weiterer integrierter Studiengang Wirtschaftsinformatik angeboten. Der nach dem Y-Modell aufgebaute Studiengang sieht als Spezifikum nach dem viersemestrigen Grundstudium ein einsemestriges Pflicht-Projekt vor, das im Regelfall in einem Unternehmen stattfindet, zur Vertiefung des Anwendungswissens dient und von einem Hochschullehrer betreut wird.

Neben dem bereits erwähnten Zusatzstudiengang Ausländerpädagogik (vgl. Kap. 9.2.1) wurde, nachdem sich ein integrierter Studiengang nicht realisieren ließ, für die Absolventen des FH-Studiengangs Sozialwesen ein Ergänzungsstudiengang eingerichtet. In diesem Studiengang kann nach der staatlichen Anerkennung im Sozialwesen in fünf Semestern das Diplom in Erziehungswissenschaft - Planung und Beratung im Sozialwesen - erworben werden. Das Studium ist auch als Teilzeitstudium möglich. Es vermittelt differenziertes Fachwissen in erziehungswissenschaftlicher Theoriebildung, Forschungsmethodik und in Konzepten pädagogischen Handelns zur Anwendung in leitenden, planenden und beratenden Funktionen des Sozialwesens.

Außerdem existieren zwei weitere Studiengänge: Ökologie (6 Sem.) sowie Literaturvermittlung und Medienpraxis (4 Sem.). Der Zusatzstudiengang Ökologie besteht aus zwei Semestern Ausgleichsstudium, um den Absolventen verschiedener Erststudiengänge gleichartige Grundlagenkenntnisse zu vermitteln, auf die das viersemestrige Hauptstudium aufbaut. Der

Studiengang beabsichtigt, durch neue Fragestellungen und Denkansätze sowie durch Übertragung biologischer, geowissenschaftlicher, sozioökonomischer und planungswissenschaftlicher Erkenntnisse, zur Lösung ökologischer Probleme beizutragen und schließt mit dem Diplom (Diplom-Ökologe/-Ökologin) ab.

Der Zusatzstudiengang Literaturvermittlung und Medienpraxis bietet für Absolventen eines wissenschaftlichen Studiums der Sprach- und Literaturwissenschaften den Erwerb gründlicher Fachkenntnisse und Fertigkeiten für die Berufspraxis in den verschiedenen Medien an, insbesondere in den kultur- und literaturbezogenen Abteilungen von Zeitungen/Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen, Verlagen sowie kommunalen Kultureinrichtungen. Das Studium qualifiziert für Tätigkeiten als Autor, literarischer Übersetzer, Kulturjournalist, Lektor und zu kommunaler Kulturarbeit.

Außer an der U-GH Wuppertal werden nur in Essen zwei integrierte Studiengänge auf dem Gebiet Design angeboten, die beide neunsemestrig mit dem Diplom (Diplom-Designer/-in) abschließen, jedoch auch Studienbewerber mit Fachhochschulreife aufnehmen. Dem aus der Folkwangschule für Gestaltung übernommenen Studiengang Industrial Design wurde ab WS 1978/79 Kommunikationsdesign hinzugefügt. Der Industrial Designer arbeitet künstlerisch-gestalterisch an der Planung, Entwicklung und Realisierung von Produkten und Produktsystemen. Der Kommunikationsdesigner entwickelt und gestaltet Informations- und Kommunikationssysteme für Bedürfnisse im industriellen, sozialen, kulturellen, institutionellen und didaktischen Bereich. Für beide Studiengänge muß in einem Eingangsverfahren die besondere künstlerisch-gestalterische Eignung nachgewiesen werden.

9.2.3 *Forschungsprofil*

9.2.3.1 *Schwerpunkte*

Aufgrund der verschiedenartigen Fachgebiete und Forschungsinteressen der Wissenschaftler entwickelt sich eine Fülle von Projekten, die keineswegs in eingrenzbaaren Schwerpunkten erfaßt werden können. Zwar hat jede Hochschule ein besonderes Profil, da dieses aber zahlreichen instabilen Einflußgrößen unterliegt, verändert es sich im Laufe der Zeit. Nicht zuletzt variable Forschungsinteressen, der Bedeutungswandel von Forschungsrichtungen und Einflüsse durch Forschungspolitik machen Aussagen zum Forschungsprofil zu einer fehlerbehafteten Status-quo-Beschreibung.

Schon ein Vergleich der fünf bis jetzt vorgelegten Forschungsberichte - der letzte umfaßt die Jahre 1986-1988 - zeigt die Problematik des Unterfangens. Stellte noch der zweite Forschungsbericht (1976-1979) die 1974 vom Gründungssenat formulierten acht Forschungsentwicklungsbereiche heraus und ordnete ihnen die Forschungsgebiete und -arbeiten zu, so wurde diese Systematik in den späteren Forschungsberichten verlassen. Da die den Schwerpunkten nicht zugehörigen Forschungen im zweiten Bericht als Sonderteil nach Fachbereichen gegliedert wurden, konnte der Eindruck einer Rangfolge entstehen. Die Forschungsschwerpunkte des Gründungssenats mit ihrer Untergliederung und teilweise weitgefaßten interdisziplinären Thematik wie "Partizipation, Sozialisation und Kommunikation", "Umwelt und Gesellschaft" oder "Hochschulentwicklung und Hochschuldidaktik" wurden im

dritten Forschungsbericht (1980-1982) von einer ausschließlich nach Fachbereichen und Zentralen Einrichtungen gegliederten Berichterstattung abgelöst.

Der vierte Bericht (1983-1985) beschrieb Schwerpunkte der Forschung in den einzelnen Fachbereichen, teilweise sogar nach Fächern differenziert. Daneben wurde über zwei Zentrale Einrichtungen und die beiden inzwischen existierenden Sonderforschungsbereiche berichtet. Dieses Gliederungsprinzip behält der fünfte Bericht (1986-1988) bei, wobei eine Zentrale Einrichtung, das Institut für Migrationsforschung, Ausländerpädagogik und Zweisprachendidaktik, trotz der Beteiligung von Wissenschaftlern aus drei Fachbereichen, dem Fachbereich Erziehungswissenschaften zugeordnet wurde. Ein dritter Sonderforschungsbereich kam hinzu. Schon die Veränderungen in der Gliederung der Forschungsberichterstattung spiegeln die jeweils in den Gremien der Hochschule vertretenen Auffassungen über Prinzipien der Schwerpunktbildung in der Forschung sowie wechselnde Trendeinflüsse aus Politik und Wirtschaft wider.

Neben dem bereits erwähnten medizinischen Sonderforschungsbereich 102, der 1978 eingerichtet wurde, wurde als zweiter Sonderforschungsbereich mit Beginn des Jahres 1984 mit dem SFB 218 "Verfahrensgrundlagen der Kohleumwandlung" begonnen. Außer Forschergruppen der U-GH Essen beteiligen sich daran die Ruhruniversität Bochum mit Energieanlagentechnik und die Bergbau-Forschung GmbH Essen. Das Ziel ist, die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen für die Kohleumwandlung zu erarbeiten, die Kohleverwendung zu optimieren und umweltfreundlich zu gestalten. Daraus ergaben sich die Themenkreise: Aufbereitung, Umwandlung in Gase und Chemierohstoffe, Energieumwandlung und Umweltschutzverfahren. Von der U-GH Essen sind Mitglieder aus drei Fachbereichen beteiligt: das Institut für Umweltverfahrenstechnik und die Fachrichtung Apparatechnik, Thermische Verfahrenstechnik (FB 13), Strömungslehre (FB 12) und Technische Chemie (FB 8).

Der jüngste am 1. Juli 1987 gegründete DFG-Sonderforschungsbereich 237 "Unordnung und große Fluktuationen" besteht aus einer Kooperation der Universitäten Bochum, Essen und Düsseldorf unter Beteiligung der Fächer Mathematik und Theoretische Physik. Als Grundlagenforschung werden theoretische und mathematische Probleme der Phasenumwandlungen, insbesondere in Systemen mit eingprägter Unordnung und der nichtlinearen Dynamik bearbeitet. Die internationale Verflechtung des Sonderforschungsbereichs kommt in der außerordentlich hohen Zahl von Gastwissenschaftlern aus vielen Ländern zum Ausdruck, deren Aufenthalt durch erhebliche Mittel der DFG finanziert wird.

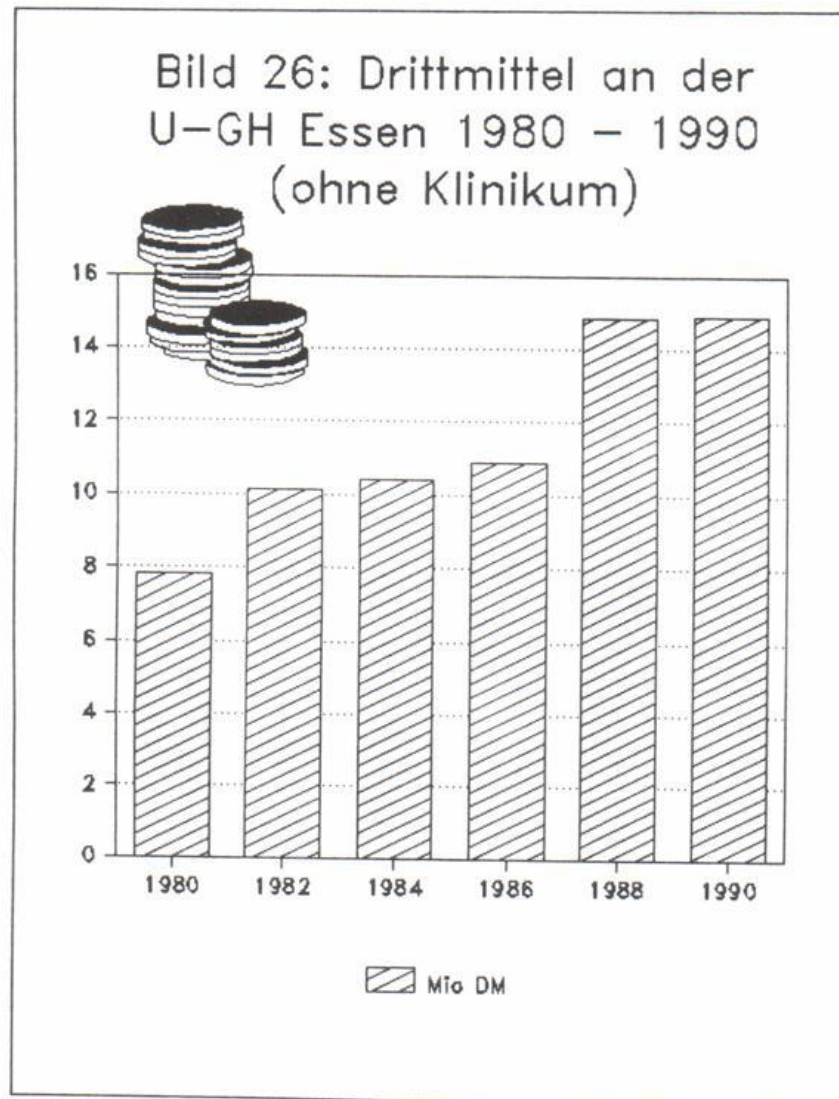
In mehreren dezentral angelegten DFG-Forschungsschwerpunkten arbeiten Wissenschaftler der U-GH Essen mit. Mathematiker beteiligen sich an der "Darstellungstheorie endlicher Gruppen und endlich dimensionaler Algebren", Physiker an den Schwerpunkten "Diagnostik heißer Laborplasmen - plasmarelevante atomare Daten", "Dynamik optischer Anregungen in Festkörpern", "Ionen- und Plasmaoberflächentechnik". Außer in der Physikalischen Technik werden diese Projekte hauptsächlich im "Institut für Laser- und Plasmaphysik" bearbeitet, das 1987 eingerichtet wurde. Auf dem Gebiet der Wechselwirkung von Laserstrahlung und Plasmen mit Materie, insbesondere auf dem Gebiet der laser- und plasmainduzierten Prozesse an Oberflächen arbeiten mehrere Arbeitsgruppen. Von ihnen wurde ein neuer Typ des Vakuumlichtbogens entwickelt, der im Plasmazustand befindliches Beschichtungsmaterial auf Oberflächen in

einer bisher nicht gekannten Qualität aufdampft. Als Anwendung des Verfahrens ist inzwischen in Zusammenarbeit mit einer Industriefirma die Metallisierung von Bildplatten industriell angelaufen.

Aufgrund einer großzügigen Starthilfe durch die Volkswagen-Stiftung konnte als Zentrale Einrichtung das "Institut für Experimentelle Mathematik" im Sommersemester 1989 seine Arbeit aufnehmen. Der mathematische Schwerpunkt im Institut liegt zunächst auf Algebra und Zahlentheorie, da dadurch eine neuartige Verwendung von Großrechnern sowie Schrittmacherdienste für die Erstellung von Algorithmen und leistungsfähiger Software erschlossen werden können. Durch Erforschung der mathematischen Grundlagen der Datenübertragung können sich neue technische Anwendungen ergeben. Eine Arbeitsgruppe von Mathematikern und Nachrichtentechnikern widmet sich diesem Gebiet. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in Kursen an Studenten und Wissenschaftler vermittelt.

Wissenschaftler des Bauwesens sind an zwei Schwerpunktprogrammen der DFG beteiligt und zwar "Dauerhaftigkeit nicht metallischer, anorganischer Baustoffe" und "Anwendungsbezogene Optimierung und Steuerung". Außerdem stimmte die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1991 der Einrichtung von zwei Graduiertenkollegs zu. Das eine "Theoretische und experimentelle Methoden" der Reinen Mathematik steht im Zusammenhang mit dem Institut für Experimentelle Mathematik. Das zweite "Zell- und Molekularbiologie normaler und maligner Zellsysteme" hat Verbindung mit dem erwähnten medizinischen Sonderforschungsbereich und dem DFG-Schwerpunkt "Molekulare und Klassische Tumorzitogenetik". Durch einen interdisziplinären Verbund wird für die Kollegiaten ein viersemestriges Lehrangebot begleitend zu kritischen Diskussionen über die Promotionsprojekte angeboten.

Anders als in Paderborn und Siegen, wo die Drittmittelsummen zu Beginn der 80er Jahre noch sehr gering waren und innerhalb dieses Jahrzehnts erhebliche Steigerungen erfolgten, war das Drittmittelaufkommen in Essen schon 1980 relativ hoch. Die vergleichsweise geringe Steigerungsrate der eingeworbenen Drittmittel bis 1990 hat darin einen ihrer Gründe; andere dürften das Fehlen der drittmittelintensiven Elektrotechnik und die Grundlagenorientierung der Naturwissenschaften sein (Bild 26).



9.2.3.2 Umweltprojekte

In dem vom Gründungssenat 1974 beschlossenen interdisziplinären Forschungsbereich "Umwelt und Gesellschaft" wurden zahlreiche Forschungsprojekte bearbeitet. Dieses weitgespannte Problemfeld beschäftigt auch heute noch zahlreiche Wissenschaftler aus den vier Fächergruppen Geistes-, Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften. In der in der Gründungsphase bestehenden Arbeitsgruppe "Umwelt, Gesellschaft, Energie (AUGE)", der mehrere Philosophen angehörten, wurden die Bedingungen untersucht, unter denen die industriegesellschaftliche Wahrnehmung der Natur in Einklang mit den Lebensbedingungen der natürlichen Umwelt bzw. Mitwelt und der Natur insgesamt gebracht werden kann (Frieden mit der Natur).

Später folgten Projekte wie die "Wahrnehmung der Natur", wobei das erkenntnis- und handlungsleitende Naturverständnis in den Naturwissenschaften, vor allem in Physik und Biologie, in der Wirtschaft, in der Technik, in der bildenden Kunst und Literatur, in der Medizin, im Recht und in der Religion untersucht wurde. Ein weiteres Projekt befaßte sich mit der Sozialverträglichkeit von Energiesystemen. Da technische Neuerungen die Lebensbedingungen der Industriegesellschaft verändern, und zwar nicht immer im Sinne der Verträglichkeit mit der gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung, muß technische Innovation daraufhin rechtzeitig beurteilt werden.

Einen weiteren wichtigen Aspekt der vielfältigen Aktivitäten zum Thema Umwelt deckt die "Zentralstelle für Umwelterziehung" ab, denn Aufklärung über diesen Gefahrenkomplex muß frühzeitig beginnen, um vermeidbare Schäden auch tatsächlich durch richtiges Verhalten nicht eintreten zu lassen. In enger Kooperation mit dem Bundesumweltamt wurde in Essen -ebenso wie beim Zusatzstudiengang Ökologie bundesweit erstmalig- das Problem der Umwelterziehung wissenschaftlich für den Schulunterricht erarbeitet. Daraus ergab sich die Herausgabe eines dreibändigen Handbuches "Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung (1986-1988)", ein Sammelband über Schulische Umwelterziehung außerhalb der Naturwissenschaften (1987) sowie ein Forschungsprojekt über kommunale Umwelterziehung als neue Zukunftsaufgabe, eine empirische Untersuchung an einem Modellprojekt in Essen.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften laufen ökologische Forschungen unter betriebs- und volkswirtschaftlichen Kriterien. So werden die betriebswirtschaftliche Analyse der Abfallwirtschaft, insbesondere der Sonderabfallwirtschaft und Konzepte der Bewältigung von Altlasten aus betriebswirtschaftlicher Sicht erarbeitet. In der Umweltökonomik befaßt man sich mit der Frage, wie die Belastung durch Lärm- und Schadstoffemissionen im Straßenverkehr durch Preise oder preisähnliche Abgaben mit Allokationsfunktion entschärft werden können sowie mit marktwirtschaftspolitischen Lösungen, um die Sonderabfallwirtschaft effizienter zu gestalten.

Als Institut des Fachbereichs Chemie wurde im Jahre 1988 das "Institut für Umweltanalytik" gegründet, für das aus Landesmitteln (Zukunftsinitiative Montanregion) erhebliche Beträge bereitgestellt wurden. Arbeitsschwerpunkte sind die Aufbereitung des Bodens sowie die Luft- und Wasserreinigung. Neue Verfahren der Bodenanalytik sollen entwickelt und Wege gesucht werden, wie von vorhandenen Altlasten ausgehende Beschädigungen des Bodens verhindert werden können. In der Wassertechnologie werden neue Analyse- und Reinigungsverfahren erforscht. Eine Kooperation mit benachbarten Abwässerverbänden und der Stadt Essen sind dazu erforderlich.

Das 1989 im Fachbereich Architektur, Bio- und Geowissenschaften gegründete "Institut für Ökologie" bündelt die Lehr- und Forschungstätigkeit in den Bereichen Boden, Wasser, Luft und Lebensbedingungen in Landschaftsräumen. Durch die beiden Studiengänge Ökologie und Landschaftspflege besteht in Lehre und Studium ein intensiver Bezug zum Umweltschutz, zur Umweltverträglichkeit und regionalen Raumplanung. Zwangsläufig beziehen sich auch zahlreiche Forschungsprojekte auf derartige Themenbereiche:

- Nutzung, Schutz und Verbesserung von Böden,
- Untersuchungen über Immissionswirkungen auf Pflanzen,

- Entwicklung von Modellen für Umweltdatensysteme und Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Im Fachbereich Bauwesen gibt es ebenfalls umweltrelevante Forschungsprojekte:

- Trink- und Brauchwasserversorgung,
- Abwasserableitung,
- Abwasserreinigung im kommunalen und industriellen Bereich,
- Gewässerschutz,
- Müll- und Abfallbeseitigung sowie -verwertung,
- Recycling von Bauschutt,
- Solarenergienutzung mit baulichen Mitteln,
- Verkehrsbedingte Erschütterungsemissionen und -immissionen.

Mit dem Projekt rechnergestützter Entwicklung und reproduktionstechnischer Realisierung komplexer ökologischer Themakarten leisten Kartographen ihren Beitrag zum Thema Umwelt. Das Fach Meß- und Regelungstechnik befaßt sich mit dem Fluglärm im Bereich von Militärflughäfen und in Tieffluggebieten, für die durch statistische Auswertungen die Entwicklung der Lärmbelastung erfaßt wird.

Die Projekte des Faches Energietechnik stehen heute weitgehend in Beziehung zu Umweltproblemen, denn durch Verbesserungen des Wirkungsgrades soll Energie gespart, Verbrennungsprozesse sollen umweltverträglicher oder durch alternative Energiegewinnung (Wind- oder Solarenergie) ersetzt werden. Forschungen über Meerwasserentsalzung mit Wind- und Sonnenenergie sowie über Speicher für thermische Energie bei Solaranlagen gehören zu diesem Themenbereich.

Eine "Gesellschaft zur Förderung der Umwelttechnik an der Universität Essen" befaßt sich mit umweltfreundlicheren Kohlekraftwerken durch bessere Nutzung der Kohle und gründlichere Reinigung dabei entstehender Gase. Aus diesen Aktivitäten entstand ein "Institut für Umweltverfahrenstechnik", dessen Leiter Prof. Dr. E. Weber im Jahre 1981 in den Rat der Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung berufen wurde. Schwerpunktmäßig forscht das Institut an

- der Entwicklung von Methoden zur Abscheidung von festen und gasförmigen Bestandteilen,
- der Aufbereitung und Entsorgung fester und flüssiger Abfallstoffe,
- dem Verfahren der Staub- und Gasmess-technik sowie der Erfassung und Analyse von Spurenelementen,
- Verfahren zur Behandlung von Abwässern der Rauchgasreinigung.

Das Ziel der Arbeiten ist die Entwicklung von Verfahren zur Minderung des Schadstoffausstoßes aus industriellen Anlagen, aus Kraftwerken und aus kleingewerblichen und häuslichen Feuerungen sowie die Aufarbeitung industrieller Abwässer.

Wenn sich die U-GH Essen mit besonderer Intensität in Forschung und Lehre mit Problemen der Umwelt befaßt, so dürfte der Standort mitten im größten industriellen Ballungsgebiet der Bundesrepublik dafür ein auslösender Faktor gewesen sein. Aufgrund der Kohle- und Stahlkrise wurde nicht nur ein ökonomischer Innovationsprozeß eingeleitet, sondern zugleich

mußte die Lebensqualität der Region verbessert werden, weil Altlasten und Industrieemissionen als gesundheitsgefährdend erkannt wurden und weil gleichgewichtsstörende Eingriffe in den Naturhaushalt und Landschaftszerstörungen von der Bevölkerung nicht mehr widerstandslos ertragen werden. Dadurch war die Wissenschaft herausgefordert, Abhilfen für Probleme zu finden, die sie früher in bedeutendem Umfange mitverursacht hatte.

Wenn es nach Meyer-Abich "eine berechtigte Erwartung der Öffentlichkeit ist z.B., daß die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt erheblich mehr als bisher zum Thema der Lehre und Forschung gemacht werden",²¹ dann kommen Wissenschaftler der U-GH Essen dieser Forderung auf dem Gebiet der Umwelt weit überdurchschnittlich nach. Allerdings sind es im allgemeinen Einzelprojekte aus dem Bereich des jeweiligen Faches. Die vom Gründungssenat angestrebte neue Dimension von Theorie und Praxis durch Lösungen für ganze Systeme unter Einbeziehung technischer und sozialer Aspekte zu erreichen, wie er es mit der Formulierung des Forschungsschwerpunktes "Umwelt und Gesellschaft" projektierte, konnte allerdings noch nicht umgesetzt werden.

9.2.4 Regionalisierung

Wie die sich mitten in einer Industrieregion aufdrängenden vielfältigen Umweltprojekte sind an der U-GH Essen auch zahlreiche andere, sich aus den Lebensbedingungen des Ruhrgebiets und der Stadt Essen stellende Probleme aufgenommen worden, wobei die Felder beider Bereiche sich überschneiden, was für eine Industrieregion zwangsläufig der Fall ist. Die Zuordnung der Projekte zu den beiden Feldern Umwelt und Region ist deshalb zumindest teilweise eine Ermessensfrage. Exemplarisch sollen konkrete ortsbezogene Projekte, zumal wenn sie durch eine Institution der Region unterstützt wurden, hier erwähnt werden. Erkenntnisse, die an Fragestellungen aus dem Umfeld gewonnen werden, sind durchaus teilweise verallgemeinerbar. Dieses gilt z.B. für die Forschungen am "Institut für Migrationsforschung, Ausländerpädagogik und Zweisprachendidaktik (IMAZ)". Die Gefahr, im Provinzialismus zu verkümmern, kann im Exemplarischen vermieden werden.

Wenn in der Umgebung, gefördert vom Kommunalverband Ruhr, die Begrünung von Berghalden mit dem Ziel thematisiert wird, Methoden zu entwickeln, die die Entwicklung einer Pflanzendecke beschleunigen, so sind dabei verschiedene Standortfaktoren zu berücksichtigen. Nach umfassender Analyse mehrerer Berghalden werden dabei Erkenntnisse gewonnen, die allgemeinere Aussagen über die zu erwartende natürliche Vegetation ermöglichen. Ähnliches gilt für die wissenschaftliche Erforschung von Stadtböden und ihren Eigenschaften. Der Boden als Speichermedium von Schadstoffen, Massenstoffen (wie z.B. Bauschutt, Aschen oder Schlacken), durch Befahren verändert und verdichtet, wird systematisch kartiert. Aufgrund der dann gewonnenen zahlreichen Ergebnisse sind allgemeingültige Erkenntnisse ableitbar.

²¹ Meyer-Abich, Klaus Michael: Für Durchlässigkeit und Praxisbezug, in: Schriften und Berichte der Universität-Gesamthochschule Essen, Band 3, WS 1982/83, S. 54.

Das "Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung (ISSAB)", in dem sich Mitglieder der Fachbereiche 1 und 2 zusammengeschlossen haben, befaßt sich in enger Kooperation mit Institutionen der Region und der Stadt Essen, mit folgenden Vorhaben:

- Untersuchungen zum Wohnumfeld - Wirkungen von Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen,
- Zum Zusammenhang familiärer Sozialisationsleistungen und lokaler Lebensbedingungen,
- Arbeitslosigkeit, Arbeitsidentität und Verarmung in städtischen Wohngebieten,
- Implementierung dezentraler Strukturen in Organisation und Methodik sozialer Dienste (am Beispiel zweier Essener Stadtteile),
- Entwicklung eines Konzeptes zur Kooperation sozialer Dienste in einem Stadtteil mit hohem Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung,
- Lebenswelt von Jugendlichen in einem Essener Stadtteil.

Die an zwei Essener Stadtteilen als Modellfälle geleistete Arbeit mündete 1986 in einen zwischen den drei Partnern, der Stadt, der Arbeiterwohlfahrt und der Universität, geschlossenen Kooperationsvertrag, der die "Stadtteilbezogene soziale Arbeit" als Dauereinrichtung sichert. Das erprobte Konzept einer Unterstützung der Bürger zur Eigeninitiative, um die Lebensbedingungen zu verbessern, wird auf andere Stadtteile ausgedehnt und führte zu einer weiteren Kooperation mit der Stadt Oberhausen. Die Studierenden können somit zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihrer Ausbildung Praxiserfahrung sammeln.

Das Projekt "Kontinuität und Wandel der politischen Gesellschaft im Ruhrgebiet", nimmt diesen Raum bewußt als Beispiel für die politische Gesellschaft Deutschlands, um durch die regionale Ebene und die Wahl eines kulturellen Ansatzes neue Perspektiven für eine allgemeine Partei- und Wahlforschung zu gewinnen. Im Fach Geschichte befaßt man sich mit der "Regionalgeschichte des Ruhrgebiets und des Saarlandes", wobei als Spezialthema die "Sozialgeschichte des Bürgertums in der Stadt Essen (1800-1850)" bearbeitet wurde. Hinter dem soziologischen Thema "Kulturforschung: Kultursoziologie und Kulturpolitik" soll im Kontext der Zeitschrift REVIER-KULTUR sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung im Ruhrgebiet öffentlich gemacht werden.

Die 1984 erstmals veranstalteten "Essener Gespräche zur politischen Kultur" standen unter dem Thema: "Haben wir und/oder brauchen wir eine neue Ruhrgebietsidentität?" Da dabei die Wichtigkeit kultureller Aktivitäten durch die Bevölkerung erkannt wurden, stand im Dezember 1985 das Thema: "Kann öffentliches Leben im Ballungsraum kulturpolitisch entwickelt werden?" auf der Tagesordnung, denn zur Überwindung der strukturellen Krise des Ruhrgebiets sind kulturelle Initiativen unverzichtbar.

Themen der Pädagogik waren "Jugendliche im Ruhrgebiet 1900-1987" und "Alltagsgeschichte der Schule im Nationalsozialismus", beides im Essener Kontext rekonstruiert, und ausgreifender "Zur Geschichte des Essener Schulwesens", wobei exemplarisch die Geschichte der dreihundertjährigen Landschule Essen-Kettwig thematisiert wird. In der Germanistik werden die kulturelle Entwicklung und Bedingungen von industriellen Ballungsräumen am Beispiel der "Regionalkultur Ruhrgebiet (Industriekultur und Literatur)" untersucht.

Regionalbezug hatten auch - meistens zugleich umweltrelevante - Forschungsprojekte der Natur- und Ingenieurwissenschaften, wie die folgenden Themen exemplarisch belegen:

- Industriebrachen im Essener Norden,
- Berghaldenbegrünung in Waltrop,
- Verwitterungen von Ton-/Siltsteinen auf Berghalden des Ruhrkarbons,
- Versuch zur Schaffung von Sekundär-Trockenbiotopen auf Steinkohleberghalden,
- Handwerkeratlas Gelsenkirchen,
- Werks- und Genossenschaftssiedlungen im Ruhrgebiet 1844-1939,
- Konzept für die zukünftige Entsorgung von Bodenaushub und Bauschutt der Stadt Essen,
- Entwicklung des beruflichen Schulwesens im Raume Essen.

Im Auftrage des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW entwickelten Wissenschaftler ein Umwelt-Bewertungssystem, das Belastungen (Indikatoren) auf Regionalkarten wiedergibt. Dadurch entstehen Umweltinformationssysteme für die Bürger, die bei Umweltverträglichkeitsprüfungen, je nach Nutzungsart, ortsbezogenen Aufschlüsse über Schädigungen und zu beachtende Grenzwerte geben. Detaillierte Belastungskarten für ganze Stadtgebiete informieren im Vorstadium, wofür sich bestimmte Gebiete eignen und ermöglichen eine umfassende ökologische Planung städtischer Räume.

Anlässlich der Hochschulwoche "Leben im Ruhrgebiet" Ende 1981 wurde auch die "gebaute Geschichte" thematisiert. Grundgedanke einer dabei veranstalteten Ausstellung war, daß die Lebensqualität in einer Region auch von der sinnlich erfahrbaren, gebauten Umwelt abhängt. Durch Aufstellung von Bauteilen, die von abgerissenen Gebäuden stammten, sollte der bereits eingetretene Verlust verdeutlicht werden. Baudenkmäler durch Gebrauch zu erhalten, war das angestrebte Ziel. Über die Köpfe der Betroffenen hinweg und gegen deren engagierten Widerstand würde, wie mit zahlreichen Beispielen belegt wurde ("Abreißkalender für Essen"), wegen angeblicher Sachzwänge saniert. Aus diesem kritischen Ansatz entstanden in den folgenden Jahren verschiedene Aktivitäten,

- ein Band "Arbeitersiedlungen im 19. Jahrhundert - Historische Entwicklung, Bedeutung und aktuelles Erhaltungsinteresse",
- Wettbewerb: Entwürfe zur farbigen Fassadengestaltung von sechzehn Gebäuden rund um den Borbecker Marktplatz, den Studierende der U-GH Essen gewannen,
- Symposium: Erhaltung und neue Nutzung von funktionslos gewordenen Industrieanlagen,
- Vorschläge zur Rettung und neuen Nutzung des Renaissance-Schlusses Horst in Gelsenkirchen,
- Ideenwettbewerb: Gestaltung eines Essener Stadtviertels (zwischen Innenstadt und Universität).

Nachdem die für die Kooperation der Hochschulen im Ruhrgebiet gegründete Zentralstelle des Innovationsförderungs- und Technologie-Transferzentrums im Jahre 1982 an die U-GH Essen verlagert worden war, wurde zwei Jahre später die Unzweckmäßigkeit der Organisationsform festgestellt und stattdessen eine "Zentralstelle für Forschungs- und Entwicklungstransfer (FET)" an der U-GH Essen eingerichtet. Sie soll das Potential der Hochschule in der Region bekannt machen und zielgruppenspezifisch aufschließen. In Klein- und Mittelbetrieben sowie

Neugründungen sollen Innovationen unterstützt werden, wobei mit dem "Essener Technologie- und Entwicklungszentrum (ETEC)" kooperiert wird. Schwerpunkte bilden auch hier die Umwelt- und Energietechnik. Dabei entstanden u.a. die Broschüren "Umwelttechnik" und "Zukunftstechnologie Neue Medien".

Das größte Kooperationsprojekt ist der im Entstehen begriffene Wissenschaftspark Essen. Es sollen auf dem Hochschulerweiterungsgelände in einer parkähnlichen Ansiedlung wissenschaftliche Institute aus Industrie und Handel entstehen, die mit Forschungseinrichtungen der U-GH Essen zusammenarbeiten. Dadurch soll ein weiterer regionaler Entwicklungsschub initiiert werden, der sich auch positiv auf Forschung und Lehre auswirkt. Als Forschungsfelder sind vorgesehen:

- Umweltwissenschaft,
- Medizin und Medizintechnik,
- Kommunikations- und Informationswissenschaften,
- Ingenieurwissenschaften (Materialwissenschaft, Energietechnik, Lasertechnik),

Forschungsgebiete, auf denen sich die U-GH bereits profiliert hat.

Im Jahre 1986 führte in einem Gastkommentar der für Kultur und Bildung verantwortliche Redakteur einer in Essen erscheinenden Zeitung, Ludwig Wintzenberg, über das Verhältnis von Stadt und Region u.a. aus:

"Tatsache ist jedenfalls, daß auch in Essen nach der Gründung im Jahre 1972 die große Umarmung von Universität und Stadt ausblieb." Infolge der Mittelknappheit sei die Universität inzwischen "auf die Hilfe von Industrie und Wirtschaft, Kommunen und auf Förderer in der Stadt angewiesen. Die Hochschule kann auf diese Weise sinnvoll und effektiv einbezogen werden in die Region. Die verschiedensten Fachbereiche von der Medizin über die Ingenieurwissenschaften bis zu den pädagogischen Bereichen haben das schon vorgemacht.

'Wirtschaftskontakte' und 'Bürgernähe' müssen die Schlagwörter der Zukunft auch an der Essener Hochschule sein: Und das Wirken der bereits arbeitenden Einrichtungen mit Vorbild-Funktion kann gar nicht genug öffentlich herausgestellt werden..."²²

Für die regionale Einbindung gibt es, wie berichtet, inzwischen auf breiter Basis zahlreiche Belege.

²² Wintzenberg, Ludwig: In der Gründungsphase blieb die große Umarmung aus - jetzt kommen die ungeübten Partner einander näher, in: Hochschuljournal Essen, Nr. 51/86, S. 7.